

P/XVII/128

Bonn, den 22. Juni 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 3	<u>Die Integration der Heimatvertriebenen</u> Eine grosse staatspolitische Leistung Von G. Markscheffel	126
4	<u>Andere Länder sind uns voraus</u> Altersgrenze für Bergarbeiter herabsetzen ! Von Fritz Büttner, MdB	40
5 - 6	<u>Ulbrichts Hilfstruppen</u> SED-Fassade für das nichtkommunistische Ausland	85
	<u>Rotchinas Fünfte Kolonne</u> Mao Tse-tung und die Auslandschinesen in Asien Von Erwin Erasmus Koch	127

\* \* \*

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG : \*\*\*\*\*  
Am 1. Juli 1962 tritt das neue Richtergesetz in Kraft. Vor diesem Termin haben alle Richter und Staatsanwälte, die in der Strafjustiz Hitlers tätig waren, die Möglichkeit, ihre Vereetzung in den Ruhestand zu beantragen. Wir veröffentlichen in der kommenden Montag-Ausgabe unseres Pressedienstes einen Artikel des Bundestagsabgeordneten:

Karl Wittrock,

in dem noch einmal an den Termin des Inkrafttretens des neuen Richtergesetzes erinnert wird. MdB Karl Wittrock stellt in seinem Artikel die Frage:

Muss das Grundgesetz geändert werden?

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Integration der Heimatvertriebenen

### Eine grosse staatspolitische Leistung

Von G. Markscheffel

Als sich vor nunmehr 17 Jahren der Strom der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen von Osten nach Westen ergoss, als Millionen verzweifelte Menschen ihre Heimat aufgeben mussten und oft nur mit dem Notdürftigsten bekleidet in den Wirren der ersten Nachkriegsmonate auf den Strassen Deutschlands umherirrten, entstand nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland die Frage: welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen wird die gewaltsame Vertreibung und Verpflanzung von Millionen Menschen haben? Fast unvorstellbar erschien es, dass die Heimat- und Besitzlosen nicht zum Sprengstoff in einer sich nur mühselig erholenden Nachkriegsgesellschaft werden würden.

Und doch: das Wunder ist geschehen. Nach vielen schmerzlichen und oft kaum überwindbar erscheinenden Schwierigkeiten und Enttäuschungen sind die Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen heute ein integrierter Bestandteil unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens geworden. Gewiss, man hat ihnen dabei geholfen. Das ständige Bemühen um die Verbesserung des Lastenausgleichs, um die Schaffung neuer Arbeits- und Wohnplätze, ist ein grandioses Werk der Nächstenhilfe unseres ganzen Volkes. Aber die politische Integration und die Überwindung psychologischer Schwierigkeiten sind zu einem grossen Teil das Werk der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen selbst.

#### Wie es war

Zunächst sah es so aus, als würden zahlreiche Vertriebene eine Art Fremdkörper im eigenen Volk bleiben. Sie sprachen einen in der neuen Heimat unbekanntem Dialekt; sie hatten Erlebnisse hinter sich, die vielen im Westen Deutschlands unfassbar oder unbekannt waren. Zahlreiche Flüchtlinge und Heimatvertriebene kamen auch mit politischen Vorstellungen, die befürchten liessen, dass sie ein Eigenleben führen wollten.

Nach dem ersten Aufatmen entstanden spezifische politische Gruppierungen, die sich der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge annahmen, ihren materiellen und seelischen Sorgen Ausdruck gaben, aber auch nationalpolitische Forderungen in einer Art vortragen, die beunruhigend wirken konnte.

Im Osten beobachtete man diese Entwicklung mit gespielter Enttäuschung. Man nannte die Heimatvertriebenen, die Menschen also, die man selbst verjagt hatte, "Revanchisten" und benutzte alle ihre Äusserungen als "warnende Beispiele deutscher Kriegsküsternheit". Natürlich wollte man damit die Aufmerksamkeit des Westens auf die angebliche Unzuverlässigkeit der Deutschen schlechthin lenken.

### Der Wandel

Zugegeben, in gewissen Kreisen mancher Verbände mag man diese Absicht nicht gleich erkannt haben. Jedoch zeigte sich bald, dass die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in ihrem Kern und auch in ihrer Masse alles andere waren als diejenigen, die bewusst das ganze deutsche Volk erneut in einen Krieg treiben wollten.

Wenn man die offiziellen Stellungnahmen der Heimatvertriebenenverbände, der Landsmannschaften und schliesslich des Bundes der Vertriebenen im Verlauf des vergangenen Jahrzehntes vergleicht, zeigt sich eine interessante Entwicklung. Am Anfang war der Ton solcher Erklärungen auf das unmittelbare Anliegen des betreffenden Verbandes oder der jeweiligen Gruppe abgestimmt. Die Terminologie von Entschlüssen und Forderungen ergab sich aus der natürlichen Betrachtungsweise von Menschen, die Sehnsucht nach ihrer Heimat haben, die geschehenes Unrecht anklagen und ihre Umwelt aufräumen wollten. Auch gewisse Konkurrenzkämpfe unter den Verbänden mögen eine Zeitlang den Tenor solcher Erklärungen bestimmt haben. Aber mehr und mehr zeigte sich, dass die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge die Phraseologie ablehnten, dagegen eine realistische Betrachtungsweise ihres Wollens suchten. Mancher, der in der Anfangszeit des Verbandswesens eine führende politische Rolle spielte, ist in Vergessenheit geraten.

Andere Namen sind in guter Erinnerung geblieben. Namen von Frauen und Männern, die als Heimatvertriebene, sei es in hohen Staatsstellungen, sei es in der Verbandsarbeit, ihre seit Jahrzehnten geprägte politische Persönlichkeit in die Waagschale warfen, und die auch in Ausland auf Grund ihrer politischen Vergangenheit eine demokratische Garantie für ihr neues politisches Wirken gaben. Es sind dies Männer wie der verstorbene Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, L ü d e m a n n, der erste Vertriebenenminister L u k a s c h e k, die Bundestagsabgeordneten J a k s c h, R e h s e und P a u l, der vor kurzem verschiedene Richard R e i t z n e r und nicht zuletzt der frühere und heute noch in der ganzen Welt geschätzte Reichspräsident Paul L ö b e. Er war es, der auf einem der grossen Schlesiertreffen in Köln Anfang der fünfziger Jahre das Wort von dem Unrecht sprach, das in keinem Falle durch neues Unrecht aus der Welt geschaffen werden könne. Im Stillen wirkten viele andere, die schon in ihrer Heimat als demokratische Sozialisten die grösseren und umfassenderen Lösungen der menschlichen und nationalen Probleme angestrebt - und dafür gelitten hatten...

### Verzicht auf Gewalt

Wenn man heute die Vorstellungen und die politische Zielrichtung der Heimatvertriebenen untersucht, so ist leicht festzustellen, dass der entscheidende Wert bei allen Erklärungen und Forderungen im Beharren auf die a l l g e m e i n gültigen Gesetze der Menschlichkeit gelegt wird. Dazu gehört vor allem der 1950 als "Charta der Heimatvertriebenen" bekannt gewordene Verzicht auf Gewalt.

Auch das ausschliesslich auf die eigene frühere Heimat bezogene Denken und Fordern ist weitergespannt worden. Man misst die Lösung des Problems der Heimatvertriebenen - soweit es sich nicht um die materielle

Integration handelt - mit europäischen Maßstäben, d.h. mit der grossen Spannweite, die die Sorgen nicht nur der eigenen Nation, sondern auch die Sorgen Europas sieht.

Wie ist dieser Wandel zu erklären? Zu leichtfertig wäre der Hinweis auf die Befriedigung materieller Bedürfnisse, wenn das der einzige Grund für die Wandlung wäre, dann würden die Treffen der Heimatvertriebenen und die landsmannschaftlichen Zusammenkünfte von Jahr zu Jahr bedeutungsloser werden. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, wie man erst kürzlich in Frankfurt a.M. feststellen konnte. Wo 250 000 Sudetendeutsche erwartet wurden, kamen über 400 000.

Wir meinen, dass dieses Nicht-Ruhe-Geben-Wollen trotz Erfüllung eines grossen Teiles materieller Forderungen sehr viel tiefere Wurzeln hat. Die Heimatvertriebenen wollen, selbst vom Leid geprüft, durch ihr Wirken in der demokratischen Gemeinschaft unseres Volkes anderen Völkern gleiches Leid ersparen. Sie suchen Gerechtigkeit, nicht nur für sich und im Sinne des Wiedergutmachens ihrer eigenen traurigen Vergangenheit, sondern vielmehr Gerechtigkeit mit dem Ziel, dem Frieden aller zu dienen. Dass die Heimatvertriebenen hierbei nicht ihren Anspruch auf das Recht an die Heimat aufgeben, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Verwirklichung dieses Rechtes jedoch sehen sie in der Anerkennung des Rechtes auch für andere Völker und für andere Vertriebene.

Hier ist sicher die Erklärung dafür, dass bei den Heimatvertriebenen unzählige junge Menschen, von denen viele ihre Heimat nur vom Hörensagen kennen, "dabei sein" wollen, wenn es darum geht, die allgemeinen Grundsätze der Humanitas demonstrativ zu vertreten.

#### Schuldiger Dank

In diesem Sinne sind wir den Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen und besonders jenen unter ihnen, die geholfen haben, das Emotionelle zum Realistischen werden zu lassen, Dank schuldig. Diese Menschen sind nicht, wie der Osten es vielleicht hoffte und auch wollte, zu einem turbulenten Element der neuen deutschen Demokratie geworden. Wenn man sie als Störungsfaktor in den Westen drängte, so haben sie durch ihr Verhalten solchen kalten Spekulationen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Auch über das Leben unserer eigenen Nation hinaus konnten die Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene durch ihr Verhalten einen Beitrag zum immer fester werdenden Glauben an die Überlegenheit der Demokratie gegenüber allen anderen Staatsformen leisten. Aus der Prüfung durch das Leid in der Vergangenheit ist die Bewährung in der Gegenwart und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft entstanden.

+ + +

Andere Länder sind uns voraus

Von Fritz Böttner, MdB

Die Bundestagsdebatte, in der Bundesminister Blank zu der Großen Anfrage der SPD zur Sozialpolitik Stellung nehmen sollte, war kläglich und dürftig. Der Minister hat nicht mehr gesagt, als schon vorher durch die Presse bekanntgeworden war. Dunkel war der Rede Sinn, genaues soll erst gesagt werden in den Gesetzentwürfen, die nach der Landtagswahl im Lande Nordrhein-Westfalen bekannt werden. Was uns an Rhein und Ruhr aber bedrückt, ist ein anderer Tatbestand.

In einer wohl überlegten sachlichen Rede hat das Hauptvorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Walter Arndt, für die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze für Untertagebergleute auf 55 Jahre begründet. Er hat darauf hingewiesen daß der Leistungsknick bei Bergleuten früher eintritt als in anderen Berufsgruppen, daß in den übrigen Ländern der westlichen Welt die Altersgrenze für Bergleute schon vor vielen Jahren herabgesetzt worden ist, daß tausende von Bergleuten alljährlich sterben müssen an der schwersten Berufskrankheit, die es gibt, an der Silikose. Wenn man darüber hinaus weiss, was die Knappschaftlichen Berufsgenossenschaften aufzubringen haben, wegen der erhöhten Gefahr, die die Bergarbeit mit sich bringt und wegen des Vielfachen am Vorkommen der Berufskrankheit, wenn man das alles weiss, dann ist das Verhalten der CDU- und FDP-Politiker im Ausschuss für Sozialpolitik nicht zu verstehen.

Am 14. Juni 1962 hat die SPD im Ausschuss für Sozialpolitik beantragt, den Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze für Bergarbeiter auf die Tagesordnung zu nehmen. Diesem Antrage konnten die CDU- und FDP-Abgeordneten nicht zustimmen, weil sie sich mit dem Fragenkomplex in ihren Fraktionen noch nicht (CDU) oder nicht ausreichend (FDP) beschäftigt haben. So wichtig nehmen die Mehrheitsparteiern das schwere Los der Bergarbeiter, die ohnehin einen schweren Kampf auch aus anderen Gründen zu führen haben. Während Ministerpräsident Dr. Meyers für die CDU im Lande herumreist, um den Bergleuten Hilfe zu versprechen, nehmen seine Parteifreunde in Bonn Stellung gegenüber allzu berechtigten Anliegen. Es ist auch klar und deutlich im Bundestag zum Ausdruck gekommen, daß es sich um ein echtes sozialpolitisches und nicht nur wirtschaftspolitisches Anliegen handelt. Den Bergleuten ist mit Versprechungen nicht geholfen. Für sie muss aktive Sozialpolitik betrieben werden. Ein Stück davon wäre eben die Herabsetzung der Altersgrenze. Dazu können sich die anderen einstweilen nicht entschliessen. Wir müssen CDU und FDP anklagen, daß ihnen das notwendige Verständnis für den Bergarbeiter fehlt.

+ + +

22. Juni 1962

## Ulbrichts Hilfstuppen

E.Z. - Berlin

In letzter Zeit haben SED und Sowjetzonenregierung ihre Anstrengungen verstärkt, durch geschickte Propaganda im westlichen und neutralen Ausland Hilfstuppen für ihre Politik zu rekrutieren. Es geht der SED dabei in erster Linie um einen Beistand für ihre Forderungen zum Abschluss des deutschen Friedensvertrages und zur Lösung der sogenannten "Westberlin-Frage". Man hat in Ostberlin organisatorische Maßnahmen vorbereitet und bereits durchgeführt, um dieser Auslandspropaganda feste, geschickt getarnte Stützpunkte zu geben.

Die erst im Dezember 1961 gegründete "Liga für Völkerfreundschaft der DDR", die unter der Leitung des früheren SED-Oberbürgermeisters Daub von Magdeburg steht, spielt bei diesen propagandistischen Bemühungen die Hauptrolle. Auf einer Präsidiumstagung erklärte vor kurzem der CDU-Generalsekretär Gerald Götting, der gleichzeitig Präsident der "Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft" der Zone ist, die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Propaganda hätten gezeigt, dass man nur mit einer dem jeweiligen Land entsprechenden "differenzierten Aufklärungsarbeit" für die politischen Ziele der DDR im westlichen und neutralen Ausland Erfolge erreichen könnte.

Was in der Bundesrepublik von den zuständigen Stellen häufig noch verkannt wird, nämlich die Notwendigkeit einer Anpassung in der ausländischen Aufklärungsarbeit an die Besonderheiten des Landes, in dem die Aufklärung wirken soll, wurde von Pankow als Hauptgrundsatz der Auslandspropaganda erkannt.

### Das "nationale Dokument"

Immerhin, die Entwicklung in Berlin, die mit der Schandmauer vom 13. August 1961 für die "friedliebende" Pankower Auslandsarbeit einige kaum zu überwindende Hindernisse auch in neutralen Staaten mit sich gebracht hat, scheint auch für Pankow als bedrohlicher Bremsklotz betrachtet zu werden. Sonst hätte Götting nicht die Forderung zu erheben brauchen, man müsste, um propagandistischen Erfolg zu haben, immer wieder die westliche Seite als Urheber der Provokationen an der Sektorengrenze wie überhaupt in Berlin hinstellen.

Hauptpropagandainstrument Pankows soll im Ausland das sogenannte "Nationale Dokument" sein, das am vergangenen Wochenende auf dem sogenannten "Nationalkongress" der kommunistischen "Nationalen Front" angenommen wurde und dessen Hauptforderung darin besteht, dem Ausland plausibel zu machen, es könne auf die Dauer nur der "Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland" den Frieden garantieren.

Auf der Präsidiumstagung der "Liga für Völkerfreundschaft der DDR" musste freilich das Eingeständnis gemacht werden, es sei vor allem in den neuen afrikanischen Staaten schwierig, das "komplizierte Problem" der Unterscheidung zwischen guten und "imperialistisch eingestellten"

Deutschen, zwischen dem "friedliebenden deutschen Staat der DDR" und dem westdeutschen Staat der "Kriegstreiber" verständlich zu machen.

Offenbar hat man in Ostberlin schon jetzt erkannt, dass die vor kurzem aufgenommenen Rundfunksendungen in Englisch, Französisch und skandinavischen Sprachen, für die ein besonderer illegaler Mittelwellensender eingerichtet wurde, ohne Echo bleiben müssen, wenn man lediglich Ausschnitte aus dem "Nationalen Dokument" sendet. Auch die Anweisung an die Ostberliner Staatsverlage, das "Nationale Dokument" in grosser Auflage in fremden Sprachen herauszubringen und vor allem für die im Juli geplante "Ostseewoche" auch in den drei skandinavischen Sprachen zu publizieren, muss nach den bisherigen Erfahrungen Pankows zu einem Fehlschlag werden, so lange nicht der Boden für die Aufnahme dieses Dokumentes durch geschickte propagandistische Ausnutzung der in einigen westlichen Bevölkerungskreisen noch vorhandenen anti-deutschen Reminiszenzen vorbereitet wird.

#### Hohe Geistliche eingestimmt?

Man ist sich - wie aus den einzelnen sowjetzonalen Veröffentlichungen über diese Frage zu entnehmen ist - in Ostberlin durchaus im klaren darüber, dass vor allem im neutralen Ausland, in erster Linie aber in Afrika und Asien, die bescheidene politische Aufklärungsarbeit über die Bundesrepublik durch entsprechende Massnahmen auf propagandistischem Gebiet leicht überspielt werden kann.

Für Pankow ist es eine alte Erfahrung, dass sich vor allem aber auch internationale Kirchenkreise durchaus dafür eignen, für die kommunistische Auslandspropaganda eingestimmt zu werden. Ende Mai z.B. fand in Erfurt der "Nordisch-deutsche Kirchenkonvent" statt, an dem hohe Geistliche aus Norwegen, Schweden und Dänemark teilnahmen. Auf einen Empfang sprach der Staatssekretär für Kirchenfragen, der Kommunist Seigewasser, indem er sehr geschickt an den Widerstandskampf norwegischer Kirchenkreise gegen den Hitlerismus erinnerte. Aus Kirchenkreisen der Zone waren nur solche Repräsentanten anwesend, die ihre Linientreue gegenüber dem SED-Regime mehr als einmal bewiesen haben. Neben dem Leipziger Universitätsprofessor Hertzsch waren der thüringische Oberkirchenrat Lotz und der Vorsitzende des "Bundes evangelischer Pfarrer", Bickelhaupt, erschienen, einer Organisation, die unter SED-Einfluss mit dem Ziele gegründet worden ist, auch die Evangelische Kirche der Zone über diese Satellitenorganisation dem "Aufbau des Sozialismus" dienstbar zu machen.

Für die Auslandspropaganda des Zonenregimes ist ein Pluspunkt mit dieser Kirchentagung schon dadurch gegeben, dass der Präsident des Konvents, der Norweger Bonnievie-Svendsen erklärte, er habe mit Freude die Veränderungen und Fortschritte bemerkt, die die Sowjetzone bei der Lösung ihrer Probleme gemacht habe.

## Rotchinas Fünfte Kolonne

Von Erwin Erasmus Koch

Der fortschwellende Dschungelkrieg in Cochinchina, die Unruhe auf Malakka, der Flüchtlingsstrom aus der rotchinesischen Provinz Kwantung nach Hong Kong, die behaupteten, in keinem Fall jedoch erwiesenen "Hungersnöte" auf dem chinesischen Festland, der explosive Bevölkerungsdruck der Volksrepublik Mao Tse-tungs und ein nach Milliarden Dollar zählender Devisenstrom, der von draußen, gespendet von den Auslandschinesen, ins rote Reich der Mitte fließt, werfen ineinandergreifende weltpolitische Fragen auf. Wie wirkt Rotchinas Fünfte Kolonne? Unter Korrespondent berichtet darüber nach seinen in Südostasien gesammelten Erfahrungen.

Die Redaktion

In den 21 Provinzen, in den fünf autonomen Bezirken und in den beiden "provinzfreien" großen Stadtgebieten Rotchinas fällt kein Sperling vom Dach, ohne daß es die Partei will. So könnte man, im Kern zutreffend, die Allmacht kennzeichnen, die der Dschusi Mao Tse-tung, der "Vorsitzende", und seine KPCh im roten "Staat der Gelben Erde" besitzen. Die nächste Frage liegt nahe: Wie ist es dennoch möglich, daß Millionen Chinesen seit Jahren über die Grenze Kwantungs, durch den "Bambusvorhang", ausbrechen?

Dieser Widerspruch verdient, daß wir ihn durchleuchten. Rotchinas Volkszahl beträgt gegenwärtig ungefähr siebenhunderdfünfzig Millionen. Der erste verlässliche Zensus in der Geschichte des vieltausendjährigen Reichs der Mitte fand 1953 statt. Die Zählung ergab, daß vor rund zehn Jahren auf dem Festland 583 Millionen Chinesen lebten. Seitdem hat sich die Bevölkerung im Jahresdurchschnitt um annähernd fünfzehn Millionen vermehrt. Die Wachstumsrate überstieg zeitweilig 2,34 Prozent. Ihre Problematik und damit weltpolitische Gefahren werden ohne weiteres deutlich: Gegenüber dieser Quote von fünfzehn Millionen des Geburtenüberschusses beträgt die jährliche Zunahme der Arbeitsplätze, selbst auch für absehbare Zeit, höchstens neun Millionen Chinesen muß also zunehmend Jahr für Jahr brachliegen, wie es die Berechnungen des rotchinesischen Bevölkerungspolitikers Wu Ching-ch'ao ergeben. Wir wollen in dieser Betrachtung die Aktionen der Neulandgewinnung und Urbarmachung von Einöden ausklammern. Sie ändern trotz der gewiss eindrucksvollen Erfolge kaum etwas daran, daß von der Gesamtfläche der Volksrepublik China, von rund 9,6 Millionen Quadratkilometer, nur ein Achtel auf Jahrzehnte hinaus agrarisch genutzt werden kann.

### "Aktion Kaulquappe"

Der explosive Bevölkerungsdruck im Reich der Mitte kann schwerlich deutlicher hervorgehoben werden. Innerhalb zehn Jahren müßten neunzig Millionen "überschüssiger" Chinesen so etwas wie eine permanente, dauernd wachsende "Gelbe Gefahr" verkörpern, und wenn man ihren männlichen Teil als Guerilla-Reserve der roten Volksbefreiungsarmee ansehen will, werden die entsprechenden Auspizien nur noch dunkler. Der kritische Betrachter mag den Einwand erheben, daß die Industrialisierung vielleicht stärker fortschreitet, als es die Planungen vorsehen. Das mag sein, aber allein der Kapitalmangel des unter dem Embargo der USA stehenden Chinas setzt dem industriellen Aufstieg enge Grenzen.

Ich entsinne mich in diesem gesamten Zusammenhang der Aktion "Kaulquappe". 1957 wurde plötzlich von einigen führenden Funktionären in den Palästen hinter dem "Tor des Himmlischen Friedens" zu Peking den Frauen im Staate der "Arbeiter und Pflüger" zur Empfängnisverhütung und Abtreibung neben anderen Massnahmen das Hinunterschlucken der ausgeschlüpften Froschbrut empfohlen. Weit und breit, in allen Provinzen traten die Propagandisten im Partei-Blau und die Proletenrätzer à la Mao auf dem Schädel vor die Mengen: die kommunistischen parteiblauen Ameisen sollten sich künftig mit zwei, drei Kindern bescheiden und von ihrem Übersoll in der Vermehrung ablassen. Diese Kampagne dauerte kaum zwölf Monate. Dann wurde sie so abrupt abgeblasen, wie sie begonnen worden war. "Die roten Söhne der Han", so genannt in Anlehnung an eines der glorreichsten Herrschergeschlechter des Chinas zur Zeitenwende, zeugten wieder wunschgemäß hemmunglos den Nachwuchs für Partei und Staat. Dabei blieb es.

### Die Rolle der Auslandschinesen

Wenn man aus dem Bild der Schriftsprache eines Volkes die Fähigkeiten der Menschen deuten will, die sich ihrer bedienen, darf im Chinesischen auf Unlogik geschlossen werden. Nüchterne Selbstbesinnung fehlt gänzlich. Das gilt für die beiden ersten Fünf-Jahrespläne und vor allem für den "ta yo shin", den "Grossen Sprung nach vorn", durch den Mao über tausend Jahre möglichst an einem Tag hinwegsetzen wollte. Das gilt für zahlreiche Einzelheiten im rotchinesischen Aufbau, aber alles Ungereimte schließt nicht aus, daß im kommunistischen China tatsächlich erhebliche Leistungen vollbracht worden sind. Ich könnte darüber mit genauen, einwandfreien Angaben ein Buch füllen. Beispielsweise wurde (aber lassen wir dabei das Unmenschliche des Systems, die Zwangsarbeit von Millionen und aber Millionen, unberücksichtigt) in der Neulandgewinnung innerhalb von vier Monaten eines Planjahres erreicht, was in vier Jahrtausenden zuvor nicht vollbracht worden war. Derartige Errungenschaften wirken auf die in weiten Gebieten Südsiens ansässigen und wegen ihres Fleisses und ihrer Erfolge von der einheimischen Bevölkerung gekassten "Auslandschinesen", die vielfach sehr reich oder zumindest wohlhabend sind. Sie argumentieren wie in Singapur: "Wir sind stolz auf unser mächtiges Vaterland, die Volksrepublik China!", und sie lassen es mit solchem Bekennnis nicht sein Bewenden haben. Vielmehr betonen sie ihre Verbundenheit durch die Überweisung erheblicher Geldmittel, die über Macao oder Hong Kong laufen und daher kontrolliert werden können. Sie bewegten sich bis zur Überspannung des kommunistischen Bogens durch die Installierung der Volkskommunen seit 1951 in den jährlichen Größenordnungen zwischen zweihundert Millionen und 400 Millionen US-Dollars! Und das bedeutet schon etwas.

### Untergrundarmee

Die Frage hat ihr Berechtigung: Wieviele Auslandschinesen gibt es denn in Asien? Darauf läßt sich nur eine unbestimmte Antwort erteilen. Vielleicht sind es zehn Millionen Familien, was vierzig Millionen bis fünfzig Millionen Menschen entsprechen würde. Zweifellos bildet eine erhebliche Zahl von ihnen den Großteil der Fünften Kolonne Mao Tse-tungs. Nehmen wir weiter an, daß von je Tausend der Millionen nach Hong Kong eingesickerten und einsickernden Chinesen aus Rotchina nur fünf ausge-

bildete Guerillas sind, die sich in Südostasien niederlassen, dann besteht eine Untergrundarmee, die nach Zehntausenden zählt, einen unmittelbaren Weg dieser Kolonne bildet der "Ho Chi-min-Pfad" von Viet Minh (Nordvietnam) durch den Tiger- und Elefanten-Dschungel zum Süden. Über die Stärke der Ho Chi-min-Bataillone lassen sich nur vage Vermutungen anstellen, in jedem Falle gehören jedoch diese Guerillas zur Fünften Kolonne.

#### Chronische Hungersnöte

Was weiter die "Hungersnöte" auf dem chinesischen Festland angeht, so sollten diese Meldungen doch auf ihren Ursprung zurückverfolgt werden. Für ihn gibt es zwei Variationen: das Lager Tschiang-Kai-scheks, erfüllt von Wunschvorstellungen, und das Lager Mao Tse-tungs. Grundsätzlich konnte ich in Asien feststellen, daß seit 1954 (mit Ausnahme des Jahres 1958) fortdauernde Millionen Hektar-Flächen Rotchinas durch Überschwemmungen und Dürren verwüstet worden sind. Im statistischen Durchschnitt ergibt sich eine alljährliche Größenordnung von zehn Millionen Hektar. So gesehen, hat es seit acht Jahren "Hungersnöte" gegeben. Tatsächlich aber stellte ich 1962 in einer Volkskommune fest, daß Reis und Kohl zwar knapp zugeteilt wurden, aber vom Verhungern der Landbevölkerung, von einer "Hungersnot", konnte wirklich nicht die Rede sein. Im übrigen man nur bedenken, daß im alten China Hungersnöte und Pestilenz fatalistisch ertragen und hingenommen worden sind. Übrigens hatte sich ungefähr 1925 die damalige Kuomintang-Regierung an das Internationale Rote Kreuz um Hilfe wegen der katastrophalen Folgen einer Dürre gewandt. Die Antwort lautete, daß zur Linderung der Not angesichts derartiger chronischer Naturkatastrophen keine Mittel zur Verfügung ständen. Ein Umstand mehr, der den Fremdenhass in China nicht gerade dämpfte!

Mao Tse-tung hat in seiner "Strategie des revolutionären Krieges" eindeutig die Forderung Chinas auf "die Versorgungsarsenale des Westens" ausgedrückt. Wenn aus dem Lager Maos nun, den größten Weizenkäufen in der Weltgeschichte vorangehend, lancierte Berichte über Verknappungen auftauchten, dann dürfte ihr Zweck wohl klar sein. Mao Tse-tung wollte durch die Hilfe des Westens seine Magazine füllen, und so geschah es. Rotchinas Fünfte Kolonne hilft ihrem "Dschusi" dabei, nicht zuletzt auch propagandistisch.